

Bürgerinitiative Medienstadt

Beitrag zur PNN-Serie AT „Wahl-Weise“ 2023

1. Was ist das dringlichste Projekt/Anliegen für Ihre Bürgerinitiative Medienstadt?

Unsere Bürgerinitiative engagiert sich für den Erhalt und eine maßvolle Entwicklung der Medienstadt Babelsberg, insbesondere des einmaligen Filmstandortes als UNESCO Kreativstadt des Films und seinem unmittelbaren Umfeld. Die Bürgerinitiative und ein im Frühjahr gegründeter Verein („Rettet die Medienstadt Babelsberg“) unterstützen und fördern hierbei eine bedarfsgerechte und ökologische Stadtentwicklung unter Umsetzung der übergeordneten Zukunftsziele der Stadt (unter anderem im „Lärmaktionsplan 2016“, „Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr“, „Masterplan 100% Klimaschutz“).

Bei der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans BP 119 hat sich die Bürgerinitiative aktiv gestaltend beteiligt. Hierbei wurde auch eine komplexe Betrachtung mit den Plänen benachbarter Gebiete bezüglich der Folgen für Umwelt und Infrastruktur im Stadtteil angemahnt.

Besondere Aufmerksamkeit im Wirken der Bürgerinitiative erhielt das sogenannte Libeskind-Projekt, welches nach Angaben des Investors bisher zwar nur als Baumassenstudie initiiert wurde, aber letztlich mit „nicht verhandelbaren“ Vorgaben, wie Bauvolumen (90.000 m² Gewerbefläche) und Bauhöhe (66 m) vermarktet wird. Dieses Projekt ist weder nach dem derzeit geltenden Bebauungsplan (BP 41) noch nach dem bereits seit sieben Jahren in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan (BP 119) rechtlich realisierbar. Es gefährdet den Filmstandort, widerspricht vielen Zukunftszielen der Stadt (der Klimaneutralität, dem Verkehrskonzept und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK)) und stößt über Potsdam hinaus auf Ablehnung (siehe OpenPetition „Stoppt den Turmbau in der Medienstadt“). Dennoch wird es von einflussreichen Teilen der Stadtpolitik unterstützt. Auf diese Widersprüche aufmerksam zu machen und eine standortgerechte Planung anzustoßen, hat sich die Bürgerinitiative zur Aufgabe gemacht.

2. Wie sollte Potsdams Lokalpolitik das unterstützen?

Unsere Wünsche hat der heutige Oberbürgermeister Mike Schubert in einem Wahlspot aus dem Jahr 2018 mit folgenden Worten sehr treffend dargelegt:

„Ich bin davon überzeugt, dass unsere Stadt behutsam und mit Augenmaß entwickelt werden muss. Ganz ehrlich: Sonst verliert sie ihren besonderen Charme. Ich werde dazu ein Stadtentwicklungskonzept „Potsdam 2030“ erarbeiten. Ich werde dafür sorgen, dass wir Potsdamerinnen und Potsdamer das Tempo des Wachstums bestimmen und nicht die Investoren.“

Wir wünschen uns von der Stadtpolitik, diesem Leitbild zu folgen und das maßvolle Handeln in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf den Stadtplanungsprozess sollte der Bürgerwille in den Bebauungsplänen ausgeprägt werden. Das bedeutet eine Abkehr von der investorengeleiteten Stadtplanung. Im Moment klafft eine zu große Lücke, zwischen den Visionen der Stadt und der Umsetzung dieser Ziele in der Praxis. Sich an die eigenen Ziele zu erinnern und das Handeln danach auszurichten: Das wünschen wir uns von der Lokalpolitik.

3. Was sollte die nächste Stadtverordnetenversammlung in ihrer fünfjährigen Legislatur mit höchster Priorität für Potsdam umsetzen?

In Umsetzung der vom OB Schubert bereits im Wahljahr 2018 dargelegten Aufgabe sollte eine Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts dafür Sorge tragen, dass die brennenden Fragen der Gegenwart (Klima- und Umweltschutz, Energie und Verkehr sowie Wohnraumschaffung) geschärft berücksichtigt werden. Genauso wichtig aber ist: Zukünftige Bebauungspläne müssen diesen Zielen uneingeschränkt unterworfen werden und bestehende müssen überprüft und daran angepasst werden. Schaffen wir es nicht, das eigene Leitbild in die Praxis umzusetzen, bleiben alle noch so ambitionierten Entwicklungskonzepte für Jahrzehnte reine Lippenbekenntnisse.